

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Nr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Wahltag  
31. Juli

Stabschef,  
Arbeiter, Ange-  
hörige, Dresden,  
Innsold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsbehörden

Der Inhalt von Schriften irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einschub höherer Gewalt, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keine Ansprüche

Abonnementspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Reben, Blüten, Ranken“ sowie der illustrierten Wochenbeilage „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M., einjährig 28 M., Bruttozinsen. Keine Rückgabe. „Sonntag“ 2 M., einjährig 25 M., Bruttozinsen. Beilage nur mit „Sonntag“ 1,05 M., auswärts Post- und Zustellungsgebühren.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.  
Telekomm.-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Druckerei: Die 80 mm breite Nonpareilzeile 25 Bl., die 60 mm breite Reflamzeile 2 Bl., für auswärts 40 Bl. u. 2,00 M., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienangelegen., Stellen- u. Mietgeschäfte 20 Bl., netto. Für Briefnachlieferung, 10 Bl., Einzelnr. 10 Bl.

Nr. 131

Dresden, Dienstag, den 7. Juni 1932

43. Jahrgang

## Hitlers Schuld

### Painlevés Irrtum

- und eine dumme Dege

Ein Vertreter des Frankfurter Generalanzeigers hatte mit dem bekannten französischen Politiker Painlevé, der jetzt Luftfahrtsminister geworden ist, eine Unterredung über das Reparationsproblem. Herr Painlevé, der bekanntlich den Vorschlag der Schaffung einer sogenannten Ausgleichskasse gemacht hat, gab zu, daß gegenwärtig Deutschland nicht zahlen könne, und daß das Fortbestehen der Reparationsforderungen die Beziehungen zwischen beiden Ländern vergifte. Aber wenn Frankreich auf seine Forderungen verzichte, so sei zu befürchten, daß das von den Lasten befreite Deutschland in einen Konflikt mit dem Ausland einträte, der für die jetzigen Gläubiger Deutschlands eine schwere Gefahr bedeute. Um einen Schutz der Gläubigerstaaten zu schaffen, habe er die sogenannte Wohlfahrtskasse vorgeschlagen, und es sei ein Wohlfahrtsindex notwendig, nach dem sich die Zahlungen Deutschlands zu richten hätten. Das beste Mittel für die Wohlfahrt eines Landes ist nach Painlevés Meinung der Verkehr. Wenn die deutschen Verkehrsmittel, Eisenbahn und Handelschiffahrt, in ein internationales System einbezogen würden, so sei eine Gewähr vorhanden, daß im Falle eines starken Ausfließens der deutschen Wirtschaft auch die anderen Staaten teilnähmen.

Painlevé sieht offenbar die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht richtig. Er irrt sich, wenn er glaubt, daß dann die deutsche Konkurrenz für die Gläubigerländer besonders gefährlich ist, wenn Deutschland von seinen Lasten befreit wird. Das Gegenteil ist richtig. Braucht Deutschland jahraus, jahrein große Mengen Devisen, um seine Verpflichtungen gegenüber den Gläubigerstaaten zu erfüllen, muß es die größten Anstrengungen machen, um seine Ausfuhr nach Möglichkeit zu steigern. Gerade deswegen ist ja das Reparationsproblem so schwer zu lösen, weil die Gläubigerstaaten deutsche Zahlungen zwar gern haben möchten, aber im Interesse ihrer Industrie nicht wünschen, daß die deutsche Ausfuhr zu groß wird. Und auf die Dauer kann Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nur mit Hilfe eines großen Ausfuhrüberflusses erfüllen.

Was Painlevé über die Beteiligung der Gläubigerstaaten an den deutschen Verkehrseinrichtungen gesagt haben soll, ist reichlich unklar. Gegen eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrswezens wäre grundsätzlich nichts einzuwenden. Frankreich hat Ueberfluth an Kapital, während in Deutschland Kapitalmangel herrscht. Es könnte für die deutsche Volkswirtschaft unter Umständen sehr erwünscht sein, wenn französisches Kapital in Deutschland angelegt würde. Sie mehr Frankreich an dem wirtschaftlichen Gedeihen Deutschlands interessiert ist, um so eher kann man auch hoffen, daß der gefährliche politische Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich gemildert und schließlich beseitigt wird. Und damit wäre für die Sicherung des Weltfriedens sehr viel gewonnen.

Natürlich wird von unseren echt deutschen Leuten schon wieder in Entrüstung gemacht, weil der böse Painlevé Deutschland wirtschaftlich niederhalten wolle. Die Leute müssen bei jeder Gelegenheit plärren, plärren und wieder plärren, und jetzt vor den Reichstagswahlen haben sie erst recht ein starkes Bedürfnis nach nationalistischen Behauptungen. Will man doch mit dem Aufsteigen der nationalistischen Leidenschaften Wahlgeschäfte machen. Vernünftig aber wäre es, nüchtern zu prüfen, ob Deutschland nicht an die Vorschläge Painlevés anknüpfen und auf diese Weise versuchen könnte, eine auch für Deutschland nützliche deutsch-französische Verständigung zu erreichen.

### Bolz über Nazimut

Stuttgart, 6. Juni. (Fig. Draht.) Staatspräsident Bolz äußerte sich auf einer oberbayerischen Tagung der Zentrumsjugend auch über den Regierungswechsel im Reich. Er sagte u. a.:

„Wenn eine so zusammengesetzte Regierung wie das Kabinett von Papen der Ausdruck der nationalen Volksgemeinschaft sein soll, dann sind wir alle samt und sonders verkauft. Wenn die Nationalsozialisten diese Regierung der Großpartei“ dulden und nicht verlangen haben, selbst in der Regierung vertreten zu sein, so beweist das nur, daß sie zu feige sind, um im jetzigen Augenblick die Verantwortung zu übernehmen.“

Bolz schloß mit der Feststellung, daß die Zeit kommen werde, wo man das Zentrum wieder rufen werde, weil man es brauche.

### Hakenkreuz und Freiherrnkron

Mit zur Verantwortung und zu programmatischer Klarheit war bis heute noch nie die starke Seite der Hitlerischen Demagogie. So verschwommen und vieldeutig wie ihr Programm, ist jetzt wieder ihre Haltung zum Kabinett der Nazis. Die Nazisparte kann zwar nicht bestreiten, daß sie mit diesem Kabinett sympathisiert, aber sie versucht, so zu tun, als ob die Hitlerianer dafür keine Verantwortung hätten.

Dieses verlogene Spiel muß während des Wahlkampfes entlarvt werden. Die Verantwortung der Hitler-Partei für die Regierung der Monstrel ist ganz unzweifelhaft und klar. Die sogenannte „nationale Opposition“ hat alle Mienen springen lassen, um die Regierung Brünning zu stürzen. Wer eine Regierung stürzt, trägt nach alter politischer Ueberlieferung selbstverständlich auch die Verantwortung für die Folgen.

Zweitens haben Nazis und Deutschnationale mit Herrn von Schleicher bereits stille Vereinbarungen getroffen, die über den Wahlkampf hinausgehen und die Regierungszusammensetzung nach den Wahlen betreffen. In den nächsten Tagen wird das Verbot der braunen Reaktionsgarden von der neuen Regierung aufgehoben werden. Es ist die erste Erfüllung der mit den Nazis getroffenen Abmachungen, und verschiedene der Herren im Kabinett stehen dem Hakenkreuz ja so nahe, daß diese Verwandtschaft von Herren wie von Wahl usw. gar nicht bestritten wird.

Drittens: die Papensche Regierungserklärung wird von der Nazispresse freundlich hingenommen. Das Dresdner Naziorgan gibt die antisoziale Regierungserklärung brav kommentarlos wieder. Der Haß gegen die Sozialpolitik, der Angriff auf den „Wohlfahrtsstaat“ — das alles sieht diese „Arbeiterpartei“ nicht an. Ein Teil der Nazispresse spricht bei einer Betrachtung über dieses staatsreaktionäre Programm einiges von Gott, von christlicher Weltanschauung, vom Kampf gegen den Marxismus. Aber über praktische Fragen, die dem armen Teufel auf den Nähten brennen, wie Sozialversicherung, Arbeitslosenunterstützung, Löhne und Steuern — darüber wagen Hitlers Pressekolonnen nicht zu reden. Nie ist eine Junterregierung, nie ist ein Kabinett der Krant- und Schlot-

barone in Deutschland so freundlich und mit so viel Sympathie aufgenommen worden wie das Kabinett der Barone von der Hitlerischen Arbeiterpartei.

Viertens: in Bayern hat sich bisher nur eine einzige Stimme für die Papensche Regierungserklärung ausgesprochen: der Bälkische Beobachter. Hitlers Leibjournalist, der Walte Rosenberg, bekundet dort in einem Artikel, wie eng sich seine baltische Denkweise mit der der bayerischen Barone verbunden fühlt. Freudig verkündet er, daß Papens Phrasen von der „moralischen Vermählung des deutschen Volkes“, vom Kulturbolschewismus, von der christlichen Erneuerung dem nationalsozialistischen Agitationslexikon entnommen seien. Wo also, was wollt ihr denn mehr? Worin unterscheidet sich die braune Demagogie nun eigentlich vom Kabinett Papen? Ueber bloße Phrasen und leere Versprechungen sind ja die Nazis auch nicht hinausgekommen.

Der Vormärts nannte dieses idyllische Verhältnis kürzlich sehr richtig ein stilles Bündnis zwischen Hakenkreuz und Freiherrnkron. Im Zeichen dieses Bündnisses findet der Wahlkampf statt. Es hat keinen Zweck, daß die Nazis plötzlich und mit heuchlerischer Miene so tun, als seien sie an allem, was jetzt geschieht, unschuldig. Die Hitler-Partei hat der Auflösung des Reichstags begeistert zugestimmt. Sie war davon erfreut, daß Papen vor dem Reichstag sein Programm zu entwickeln brauchte. Die Hitler-Partei hat es gewollt, daß dieses Kabinett vom alten Reichstag nicht gestürzt werden konnte. Nun ist es im Amt, nun sieht es für einige Monate fest, nun wird es Politik treiben, und wie! Nun dürfte das höchste außenpolitische Vorbild, das die Regierung Brünning schonte, bald in Trümmern liegen, und im Innern werden wir die Feindschaft der Baronsregierung gegen die Sozialpolitik und ihre Leidenschaft für neue Massenbelastungen erleben.

Das haben die Nazis geduldet, das haben sie gefördert. Einen Sturz dieser unreaktionären Regierung haben sie unmöglich gemacht! Die Hitler-Partei trägt neben den Deutschnationalen für all das die volle Verantwortung, und im Wahlkampf wird ihr feiges Ausweichen und Verschleiern gebührend angeprangert werden. rgr.

## Gegen Verdunklung der Wahrheit!

Brünings Antwort an Papen

Der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder der früheren Reichsregierung veröffentlichen folgende Erklärung:

„Die neue Reichsregierung hat in ihrer Antrittserklärung schwere Vorwürfe gegen die bisherige Regierung erhoben.

Der sachlichen Auseinandersetzung vor der Volksvertretung hat sie sich entzogen.

Das deutsche Volk wird es darum verstehen, wenn wir auf diesem Wege dem Versuch, die Wahrheit zu verdunkeln und die Verantwortlichkeit zu verschleppen, entgegenzutreten.

Wohin gehen die Vorwürfe? Die Finanzen seien erschüttert, die Sozialversicherungen bankrott, die Reformen über schwache Ansätze nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation angepaßt.

Was ist Wahrheit? Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine gewaltige schwebende Schuld vor. Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verschärfte, die Währungen zerrüttete und die für das durch Kriegsverlust und Kriegsfolgen ohnehin geschwächte Deutschland besonders scharfe Wirkungen haben mußte. In einer Zeitspanne, in

der der Außenhandelsumsatz der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabsank und als automatische Folge eine ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten Kulturwelt bewirkte, war es — immer die Zusammensetzung einer Regierung sein mochte — unmöglich, die deutsche Volkswirtschaft von dieser rückläufigen Bewegung abzuriegeln.

Anderer Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Reserven gelebt, die Deutschland fehlten, oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland sachlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In derselben Zeit mußte die Sanierung von Banken, Industriewerken, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Handwerk und Landwirtschaft unter Anwendung von Hunderten von Millionen Mark durchgeführt werden.

In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als 6 Milliarden Mark gedrosselt. Das sind nicht „schwache Ansätze“, wie es die Erklärung der neuen Reichsregierung darstellt. Die tatsächliche „Anpassung an die Armut der Nation“ ist weitest gehend erfolgt und in dem Haushalt jedes einzelnen